



SABINE BÄCHLE - SCHOLZ

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

CDU-LANDTAGSFRAKTION  
SCHLOSSPLATZ 1-3  
65183 WIESBADEN  
TELEFON 0611 350-692  
TELEFAX 0611 350-  
s.baechle-scholz@ltg.hessen.de  
www.sabine-baechle-scholz.de

Sabine Bächle – Scholz MdL, Schlossplatz 1 - 3, 65183 Wiesbaden

## Pressemitteilung

02.04.2012

### Nassauische Heimstätten

### Bächle-Scholz antwortet auf Schreiben der Rüsselsheimer SPD-Fraktion

Wiesbaden. Wie die CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Bächle-Scholz mitteilt, hat sie das Schreiben der Rüsselsheimer SPD-Fraktion bezüglich einer möglichen Veräußerung der Nassauischen Heimstätten erhalten und beantwortet.

Bächle-Scholz erläuterte, dass ihre Antwort klargestellt habe, dass sie die Befürchtungen der Rüsselsheimer SPD-Fraktion nicht teile. „Die CDU-geführte Hessische Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung für die Mieter der Nassauischen Heimstätten bewusst“. Ziel der derzeit laufenden Planungen sei, die Versorgung der Menschen mit Wohnraum zu angemessenen Bedingungen auch in der Zukunft sicherzustellen. Ob es hierzu erforderlich sei, die Nassauischen Heimstätten im Eigentum des Landes zu halten müsse vor diesem Hintergrund geprüft werden. Selbstverständlich sei es jedoch, dass das Land seinem Verfassungsauftrag zur Herstellung gleicher Lebensverhältnisse nachkommen werde. „Bereits jetzt fördert das Land Wohnraum mit jährlich 60 Mio. Euro, die auch dem sozialen Wohnungsbau zu Gute kommen. Darüber hinaus erhalten einkommensschwache Mieter Wohngeld. Die CDU in Hessen wird auch in Zukunft sicherstellen, dass die Menschen bezahlbaren Wohnraum finden“.

Für die Nassauischen Heimstätten hieße dies, so Bächle-Scholz, dass bereits im Dezember festgelegt worden sei, dass als möglicher Investor nur in Frage komme, wer sich seiner sozialen Verantwortung bewusst sei und dies in der Vergangenheit bereits unter Beweis gestellt habe. Ein ausschließlich dem Renditeziel verpflichteter Interessent käme damit nicht in Betracht. Der Investor müsse auch den Fortbestand der Mietverhältnisse und deren Konditionen gewährleisten.

Ergänzend stellte sie klar, dass von der Absicht eines Verkaufs derzeit sowieso noch nicht gesprochen werden könne, denn eine endgültige Entscheidung stünde noch aus.

Bächle-Scholz rief in ihrem Schreiben die SPD-Fraktion in Rüsselsheim dazu auf, nicht subjektive Annahmen als wahre Behauptungen dazustellen und hierdurch für Verunsicherung unter den Mieterinnen und Mietern zu sorgen.

Stattdessen bat sie um das verdiente Vertrauen in das Verantwortungsbewusstsein der Landesregierung und verwies auf die gelungene Übertragung der GWH (Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft mbH Hessen) an die Helaba in 2000 und 2002. „Nachdem die Landesregierung hier schon bewiesen hat, dass sie die Interessen der Mieterinnen und Mieter stark im Fokus hat, sollte keine Schwarzmalerei betrieben werden, die die Menschen völlig unnötig

ängstigt. Dies ist keine Zeichen von verantwortungsvoller Politik, sondern von Panikmache“ sagte Bächle-Scholz abschließend.